

„Den Laden zusammenhalten“

Unionsfraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier, 53, über die Mühen des Parlamentarismus in Zeiten der Euro-Krise und die Grenzen der Gewissensfreiheit für Abgeordnete

nisationstempo in Berlin ist langsamer als in den anderen Hauptstädten“, klagt Juncker. Er habe ja durchaus Verständnis für das Königsrecht des Bundestags, sagt der Euro-Gruppen-Chef, „aber das darf nicht dazu führen, dass die EU nicht in der gebotenen Schnelligkeit reagieren kann“.

Schon fürchten die Euro-Retter, dass solche Doppelgipfel wegen der Deutschen künftig zur Regel werden könnten. „Der Bundestag kann nicht alles bis ins Detail vorher beschließen, weil manchmal auf den Gipfeln bis zuletzt verhandelt wird“, sagt Juncker.

Andere sehen die Gefahr, dass sich weitere Parlamente ein Beispiel am Bundestag nehmen und ähnliche Ansprüche stellen. „Wenn ein solch schwieriger parlamentarischer Prozess in den 16 anderen Euro-Staaten oder auch nur in den anderen Triple-A-Ländern stattfindet“, warnt der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger, „dann ist Europa nicht mehr ausreichend handlungsfähig.“

Eine Lösung des Problems ist nicht in Sicht. Es war bislang häufig der Fall, dass Deutschland, Frankreich und andere Partner in wichtigen Fragen unterschiedliche Interessen hatten. Europa ist auf Kompromissen gebaut, die oft erst in letzter Minute auf Gipfeln gefunden wurden. Anders hätte sich die EU nicht weiterentwickeln können.

Das Parlament konnte früher diesen Gipfelergebnissen nur zustimmen – oder die komplizierte Einigung platzen lassen. Ausgerechnet bei der Euro-Rettung ist dieses Prinzip anscheinend außer Kraft gesetzt. Der Bundestag will sein wichtigstes Instrument, das Budgetrecht, nicht einfach delegieren. Daher ist es richtig, dass er auf Mitbestimmung vor wichtigen Entscheidungen pocht.

Auf der anderen Seite kommt es gerade in Krisensituationen auf Schnelligkeit an. Für langwierige demokratische Prozeduren ist manchmal keine Zeit. Das ist ein Problem, für das es im komplizierten Gefüge der europäischen Union, in der das EU-Parlament nicht dieselben Rechte wie eine nationale Volksvertretung besitzt, keine saubere Lösung gibt.

Und so führt die neue deutsche Rechtslage zu einer paradoxen Situation. Der Bundestag hat beim EFSF zwar mehr Rechte, sein grundsätzliches Dilemma aber ist geblieben. Früher handelte die Regierung auf Gipfeln die Kompromisse aus, jetzt muss sie es vorher tun. Für die Abgeordneten hat sich im Prinzip nichts geändert: Lehnen sie die Vereinbarung ab, dann gibt es keine Einigung in Europa – was ein politisches Desaster für die Regierung wäre.

Es gibt nun eine neue Hürde in der deutschen Europapolitik, aber nicht unbedingt mehr Demokratie.

RALF NEUKIRCH, CHRISTIAN REIERMANN, CHRISTOPH SCHULT



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

CDU-Politiker Altmaier: „Völlig neue Situation in der Parlamentsgeschichte“

SPIEGEL: Herr Altmaier, auf dem Höhepunkt der Euro-Krise müssen die europäischen Staats- und Regierungschefs Entscheidungen verschieben, weil sich der Bundestag nicht richtig eingebunden fühlt. Wird der deutsche Parlamentarismus zur Gefahr für unsere Währung?

Altmaier: Ich kann Ihnen versichern, dass die vergangenen Tage zu den schwierigsten in meinem politischen Leben gehörten. Die deutsche Politik steckt im Moment in einem extremen Spannungsfeld. Auf der einen Seite müssen 17 Eurostaaten zum Teil unter großem Zeitdruck Entscheidungen fällen, um die gemeinsame Währung stabil zu halten. Andererseits greifen diese Entscheidungen oft tief in das nationale Haushaltsrecht ein, weswegen die deutschen Abgeordneten zu Recht auf Mitsprache pochen. Was wir gerade

erleben, ist eine völlig neue Situation in der deutschen Parlamentsgeschichte.

SPIEGEL: Wie kann man die Beteiligung des Parlaments gewährleisten, ohne der Kanzlerin allen Verhandlungsspielraum in Brüssel zu nehmen?

Altmaier: Wir haben ja versucht, mit dem Gesetz über die Parlamentsbeteiligung eine vernünftige Balance zu finden. Neben Plenarentscheidungen gibt es die Möglichkeit, dass der Haushaltsausschuss über bestimmte Fragen abstimmt, außerdem wurde ein Vertrauensgremium eingerichtet, um Fragen, die die Finanzmärkte in Unruhe versetzen, vertraulich beraten zu können. Aber wir erleben jetzt, dass selbst dieser Konsens von der Opposition wieder aufgekündigt wird.

SPIEGEL: Aber damit hat sie doch recht. Als der Bundestag vor gut drei Wochen über den Rettungsschirm abstimmte, hat die Regierung Instrumente wie Finanzhebel noch als reine Spekulation abgetan.

Das Gespräch führten die Redakteure Peter Müller und René Pfister.

Jetzt kommen aller Voraussicht diese sehr umstrittenen Instrumente, und das finanzielle Risiko für den Bundeshaushalt steigt. Ist es da nicht verständlich, wenn sich die Abgeordneten auf den Arm genommen fühlen?

Altmaier: Ich will ja gar nicht abstreiten, dass wir den Abgeordneten viel zumuten. Und wahrscheinlich wäre es besser, wenn Entscheidungen in Brüssel frühzeitig fielen, damit ausreichend Zeit für die Parlamentsbefassung bleibt. Andererseits: Alle fahren im Moment auf Sicht. Diese Entscheidungen können nur kurzfristig erfolgen.

SPiegel: Viele europäische Partner sehen inzwischen im mühsamen deutschen Parlamentsbetrieb eine Bremse für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Euro-Krise. Haben sie recht?

Altmaier: Nein. Ich glaube, auch in diesen Zeiten muss das Parlament eingebunden werden. Wir können nicht einfach auf die parlamentarische Legitimation politischer Entscheidungen verzichten. Ob das vorliegende Modell der Parlamentsbeteiligung schon der Weisheit letzter Schluss ist, wird sich erst noch zeigen.

SPiegel: Muss das Parlament als Ganzes noch einmal über den Rettungsschirm abstimmen, wenn in Brüssel beschlossen wird, finanztechnische Hebel einzusetzen?

Altmaier: Nein. Wenn die deutsche Haftungssumme von 211 Milliarden Euro nicht ausgeweitet wird, dann reicht voraussichtlich die Zustimmung des Haushaltsausschusses.

SPiegel: Was ist eigentlich genau Ihre Aufgabe als Fraktionsgeschäftsführer: Müssen Sie die Meinung Merkels in der Fraktion durchsetzen, oder müssen Sie Merkel von der Meinung der Fraktion überzeugen?

Altmaier: Beides.

SPiegel: Und können Sie sich bei Ihrer Aufgabe immer an das Grundgesetz halten?

Altmaier: Selbstverständlich. Was denn sonst?

SPiegel: In Artikel 38 heißt es: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Trotzdem sind Sie dauernd damit beschäftigt, Abgeordnete auf Fraktionslinie zu zwingen. Ist das nicht verfassungswidrig?

Altmaier: Nein, schon deshalb nicht, weil ich niemanden zwingen. Jeder Bundestagsabgeordnete ist in seinen Entscheidungen völlig frei. Das Grundgesetz kennt das imperative Mandat nicht, und wir leben auch nicht in einer Räterepublik, obwohl manche Linke das immer noch gerne hätten. Trotzdem ist es so, dass sich in der Geschichte des Parlamentarismus schon früh Abgeordnete zu Fraktionen zusammengeschlossen haben, weil der Einzelne nur wenig erreichen

kann. Und wer sich einer Fraktion anschließt, der unterwirft sich freiwillig der Fraktionsdisziplin ...

SPiegel: ... manche benutzen auch das Wort Fraktionszwang ...

Altmaier: ... das ist nicht meine Wortwahl. Natürlich ist es so, dass es immer eine Spannung gibt zwischen der Meinung des einzelnen Abgeordneten und der Erwartung, dass eine Regierungskoalition zu jedem Zeitpunkt ihre Mehrheit zusammenbekommt. Aber am Ende ist ein Abgeordneter nur seinem Gewissen verpflichtet.

SPiegel: Wenn es keinen Fraktionszwang gibt, warum müssen dann manche Abstimmungen wie etwa die zur Forschung an embryonalen Stammzellen von der Fraktionsführung extra freigegeben werden?

Altmaier: Man muss zwei Arten von Abstimmungen unterscheiden. Bei den ei-

„Der einzelne fraktionslose Abgeordnete ist möglicherweise der mit dem reinsten Gewissen.“

nen geht es um grundlegende ethische und moralische Fragen, nehmen Sie das Beispiel Organtransplantation oder den Paragraphen 218. Hier wird in der Regel von der Fraktionsführung keine Vorgabe gemacht. Andererseits gibt es aber auch Themen, bei denen eine Regierungskoalition zeigen muss, dass sie handlungsfähig ist.

SPiegel: Mit anderen Worten: Sie und Unionsfraktionschef Volker Kauder entscheiden, wann ein Abgeordneter sein Gewissen einschalten darf und wann nicht.

Altmaier: Nein. Das entscheidet der Abgeordnete ganz allein. Trotzdem lebt unsere parlamentarische Demokratie davon,

dass nicht jede Entscheidung gleich zur Gewissensfrage aufgebauscht wird.

SPiegel: Bei der Entscheidung um den Rettungsschirm ging es darum, ob Deutschland Verpflichtungen in Höhe von 211 Milliarden Euro eingetht. Ist es nicht auch eine ethische Frage, ob man seinen Kindern einen Schuldenberg hinterlässt, den diese nie mehr abtragen können?

Altmaier: Einige meiner Kollegen haben das so gesehen. Es ist aber nicht meine Meinung. Wer so argumentiert, der erklärt jede Entscheidung über den Bundeshaushalt zur Gewissensfrage. Und dann kann man es auch zu einer Gewissensfrage machen, ob eine Fledermausart unter Artenschutz gestellt wird. Man kann diese intellektuelle Debatte gern führen – nur wird man dabei schnell feststellen, dass Parlament und Regierung dann nicht mehr arbeitsfähig sind.

SPiegel: Lautet die einfache und zynische Regel nicht: Wenn die Regierung aus Gründen der Machtdemonstration eine Mehrheit braucht, dann kann eine Sachfrage keine Gewissensfrage sein?

Altmaier: Nein, die Wahrheit ist doch folgende: Bei wichtigen Abstimmungen wie der über den Rettungsschirm gibt es die öffentliche Erwartung, dass die Regierung ihre Mehrheit zusammenbekommt – alles andere würde als Zeichen der Schwäche gewertet. Andererseits habe ich noch nie erlebt, dass es bei wirklichen Gewissensentscheidungen – etwa bei der Debatte um embryonale Stammzellen – einen Aufschrei in den Medien gab, weil die Unionsfraktion nicht geschlossen abgestimmt hat.

SPiegel: Anders gesagt: Sie halten es für legitim, Abgeordnete Ihrer Fraktion auch mal unter Druck zu setzen.

Altmaier: Ich muss den Laden zusammenhalten. Aber ich habe noch nie jemanden



Bundestagsabgeordnete bei Abstimmung: „Alle fahren im Moment auf Sicht“

unter Druck gesetzt. Natürlich mache ich die Kollegen auf die Konsequenzen aufmerksam, wenn sie die Fraktionsdisziplin verlassen. Ein Abgeordneter ist ja nicht nur als Person gewählt, sondern er vertritt auch die Partei, für die er gewählt wurde.

SPIEGEL: Sie werden doch schon nervös, wenn Kritiker der Regierungslinie öffentlich auftreten. Als Bundestagspräsident Norbert Lammert in der Debatte über den Rettungsschirm zwei Abweichlern das Wort verlieh, haben Sie sofort interveniert.

Altmaier: Natürlich dürfen auch Kritiker im Bundestag ihre Meinung kundtun. Das ist unbestritten. Dafür gibt es das Instrument der Kurzintervention, außerdem steht es jedem Kollegen frei, seine Meinung zu Protokoll zu geben. Der Bundestagspräsident hat aber etwas ganz an-

Peter Willsch ans Rednerpult, und auf der Anzeigentafel stand, dass er im Namen unserer Fraktion rede. Das hat viele meiner Kollegen irritiert.

SPIEGEL: Aber Willsch hat doch nur das gesagt, was viele in der Union denken – und in der Bevölkerung sowieso. Wieso wollen Sie ihm da den Mund verbieten?

Altmaier: Es kann doch nicht die Rede davon sein, dass wir den Abweichlern den Mund verbieten – im Gegenteil. Der Kollege Willsch hat unzählige Interviews gegeben, ich selbst habe mit ihm ein Streitgespräch in einer Zeitung geführt.

SPIEGEL: Wir reden jetzt aber davon, ob sich abweichende Meinungen auch in der Parlamentsdebatte wiederfinden. Auf der einen Seite klagen die Politiker immer über das mangelnde Interesse für die Aussprachen im Bundestag – andererseits sor-

SPIEGEL: Der legendäre SPD-Fraktionschef Herbert Wehner hat mal zu einem widerspenstigen Abgeordneten gesagt: „Dann lass dich doch beim nächsten Mal von deinem Gewissen aufstellen.“ Zeigt das nicht, dass Parteien ungehalten werden, wenn die Abgeordneten nicht spüren?

Altmaier: Die Zeiten von Herbert Wehner sind ja Gott sei Dank vorbei. Heute ist der Umgang im Parlament viel toleranter und freundlicher.

SPIEGEL: Wirklich? Kürzlich hat Kanzleramtsminister Ronald Pofalla den Abgeordneten Wolfgang Bosbach mit den Worten angeschrien: „Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen.“ Solche Worte sind nicht einmal von Wehner überliefert.

Altmaier: Ronald Pofalla hat sich mit Bosbach ausgesprochen. Die Sache ist erledigt.

SPIEGEL: Warum ist es eigentlich so wichtig, dass die Abgeordneten der gleichen Meinung sind wie ihre Kanzlerin? In den USA nehmen sich Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses selbstverständlich das Recht, auch gegen die Linie des Präsidenten zu stimmen – auch wenn sie seiner Partei angehören.

Altmaier: Der Unterschied ist, dass der amerikanische Präsident direkt vom Volk gewählt ist. Er kann also nicht vom Kongress gestürzt werden und hat dort oft auch keine eigene Mehrheit. Das ist bei uns anders. Regierungen, die keine verlässliche Mehrheit haben, werden auf Dauer instabil. Deswegen ist es so wichtig, dass die Koalition im Zweifel steht.

SPIEGEL: Muss man sich anpassen, um in der CDU aufzusteigen?

Altmaier: Ich nenne es nicht Anpassung. Wenn Sie in der Politik etwas erreichen wollen, dann müssen Sie Kompromisse eingehen.

Der einzelne fraktionslose Abgeordnete ist möglicherweise derjenige mit dem reinsten Gewissen. Aber er ist auch der ohnmächtigste.

SPIEGEL: Als Sie 1994 in den Bundestag eingerückt sind, galten Sie selbst als Rebell, einmal haben Sie sogar offen den Rückzug von Kanzler Helmut Kohl verlangt. Mussten Sie damals zum Rapport beim Fraktionsgeschäftsführer antreten?

Altmaier: Oh ja. Es gab wirklich sehr unangenehme Gespräche. Wir sind der damaligen Führung ordentlich auf die Nerven gegangen. Aber ich sehe es heute so: Wenn man selbst ein Rebell war, kann man vernünftig mit Abweichlern umgehen. Dann weiß man, wie es sich anfühlt, in der Minderheit zu sein.

SPIEGEL: Herr Altmaier, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Bundestagspräsident Lammert (M.): „Das sprengt jede Parlamentsdebatte“

deres getan. Er hat Abgeordnete, die von ihrer Fraktion nicht auf die Rednerliste gesetzt worden waren, plötzlich regulär das Wort erteilt.

SPIEGEL: Und das war so schlimm?

Altmaier: Es war jedenfalls sehr ungewöhnlich. Wenn jeder Abgeordnete, der von seiner Fraktion nicht als Redner nominiert wird, von sich aus reden kann, sprengt das jede Parlamentsdebatte.

SPIEGEL: Wir haben eher den Eindruck, dass es die meisten Zuschauer ganz erfrischend fanden.

Altmaier: Ich fand es nicht erfrischend. Wir wollten bei der Debatte zeigen, dass die überwältigende Mehrheit der Unionsfraktion hinter dem Rettungsschirm steht. Dann trat plötzlich der Kollege Klaus-

gen Abgeordnete wie Sie dafür, dass sie so wenig aufregend sind.

Altmaier: Es ist doch nicht wahr, dass die Debatte langweilig war. Die Fraktion der Linken etwa hat heftig gegen den Rettungsschirm argumentiert.

SPIEGEL: Haben Sie schon einmal einem Abgeordneten mit Konsequenzen für seine Karriere gedroht, falls er sich nicht der Fraktionsführung anschließt?

Altmaier: Nein, niemals.

SPIEGEL: Wie erklären Sie es sich dann, dass der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler gesagt hat, Abweichler in der Union würden „in einer Weise geknetet und gedreht“, dass es einem schlecht werde?

Altmaier: Also, ich habe Peter Gauweiler noch nie geknetet. Wir haben weiß Gott fundamentale Meinungsunterschiede, aber trotzdem habe ich zu ihm persönlich ein ausgezeichnetes Verhältnis.

* Mit dem CDU-Abgeordneten Wolfgang Bosbach und dem CSU-Mann Peter Gauweiler.